

Notizen aus dem Stadtrat

Borkum/sp - Für die Ratsherren der Stadt Borkum besteht ab sofort die Möglichkeit, auch online über wichtige Verwaltungsangelegenheiten informiert zu werden. Ein neues EDV-System macht es jetzt möglich, dass sich Ratsherren mit einem Passwort in ein neues System einloggen und ihnen zugeteilte sowie allgemeine Informationen „aus dem Haus“ abrufen können. Der Termin für die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister findet auf Vorschlag der SPD-Fraktion am 6. März beziehungsweise 20. März 2005 (Stichwahl) statt. Der Vorschlag der Verwaltung sah die Termine 22. Mai und 5. Juni vor. Da zu diesem Zeitpunkt aber schon Saison auf der Insel ist, sollte der Zeitpunkt vor die Osterferien vorgezogen werden. Die Gründung einer Personalservicegesellschaft, in der zum Beispiel verschiedene Mitarbeiter aus dem Gezeitenland angestellt werden sollten, ist mit Stimmenmehrheit von SPD/UI/FDP und den Grünen abgelehnt worden. Die Personalservicegesellschaft war ursprünglich von den Unabhängigen Insulanern vorgeschlagen worden. Da aber mittlerweile völlig andere Ziele damit angesprochen wurden, die Aussagen zufolge keine Wirkung zeigen würden, könne man keine Zustimmung mehr erteilen. In dieser Gesellschaft sollte unter anderem der Kurdirektor sowie der Leiter des Gezeitenlandes angestellt werden. Die zahlreichen Bauleitplanungen beziehungsweise Bauvorhaben der Stadt sind in den überwiegenden Fällen einstimmig oder mit der Mehrheit der Stimmen des Stadtrates entschieden worden. Anders sah es da bei drei Anträgen von Bruno Haenelt aus, der in vielen Fällen eine „andere Rechtsauffassung“ vertrat. Scheinbar alleine. Die verbalen Entgleisungen des liberalen Ratsherren (siehe auch nebenstehenden Bericht) nahm Derk Steemann von den Grünen zum Anlass, unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen und Anregungen“ zu mehr Disziplin insgesamt aufzurufen. Die politische Diskussion sollte sachlich und nicht emotionell und dadurch allzu leicht persönlich geführt werden. Kaum zu glauben war dagegen dann die Anfrage von Haenelt, der vom Stadtdirektor wissen wollte, ob gegen die geplante Zusammenlegung der Bauhöfe und der damit entstehenden verschiedenartigen Nutzungen des Bauhofes (Reedestraße) ein „Bürgerbegehren“ eingerichtet werden könnte. Schließlich, so Haenelt, stünden dann ja auch die Bürgermeisterwahlen auf dem Programm. Für Haenelt wird dies wohl wieder ein „populistisches Knallbonbon“ werden, um mit „seiner Rechtsauffassung“ die Kommunalaufsicht und weitere Behörden lange zu beschäftigen.